

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächste spricht Frau Martini zum Berge von der Fraktion CDU/DA.

## Frau Martini zum Berge für die CDU/DA-Fraktion:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Fernschreiben des Ministeriums für Handel und Tourismus vom 17.5.1990 an die Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke heißt es:

„In Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 16.5. 1990 über Maßnahmen zur Förderung der Industrie und des Binnenhandels in Vorbereitung und Durchführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland werden ab Montag, dem 21.5.1990, im Groß- und Einzelhandel für risikobehaftete Bestände neue Preise wirksam.“

An anderer Stelle heißt es:

„Folgende Sortimente sind nicht in die Preismaßnahmen einbezogen (Verbot).“

ifgeführt sind hier:

„Spirituosen, Wein, Sekt, Zigaretten, Schwerwaschmittel, echter Schmuck, echte Pelze, Kaffee, massive Schokolade, Importe gemäß Verfügung Nr. 158 des Ministeriums für Außenhandel. Preisabwertungen in gastronomischen Einrichtungen sind nicht vorgesehen, ausgenommen risikobehaftete Handelsware. Die Preismaßnahmen sind mit entsprechenden Verkaufsaktivitäten zu verbinden.“

Weitere Ausführungen beinhalten die Verantwortlichkeit der Direktoren und Geschäftsführer der Unternehmen für die konkrete Festsetzung der Preise sowie die Bitte, die Industrie- und Handelskammer und den Privathandel zu informieren, daß die Erstattungsbeträge beim örtlichen Großhandel anzumelden und von diesem zu erfassen sind.

In einem weiteren Fernschreiben an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke wird versichert, daß die Direktoren des Groß- und Einzelhandels durch das Ministerium in ihre Aufgaben eingewiesen wurden. Wie, davon konnten sich die Abgeordneten des Ausschusses Handel und Tourismus am 30. Mai 1990 selbst ein Bild machen, denn die fünf anwesenden Präsidenten der Einzelhandelsverbände waren nicht informiert, wie und bei wem die waten Einzelhändler, die sie ja vertreten, die Erstattung der Umbewertungsdifferenzen bewerkstelligen können. Eine Woche zuvor, am 23. Mai 1990, war den Mitgliedern des Ausschusses durch Vertreter des Ministeriums glaubhaft versichert worden, daß die Preissenkungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt seien.

Nicht nur das Vokabular, auch der Inhalt der Rede säte Zweifel, und die daraufhin erfolgten Kontrollen vor Ort erhärteten diesen Eindruck.

Es ist heute und hier sicher nicht zu klären, ob die angeblich erfahrenen Leiter über die fachlichen Voraussetzungen verfügen, den Ministerratsbeschluß nach Inhalt und Buchstaben umzusetzen oder ob die Preissenkung zielgerichtet fehlgesteuert wurde. Wir erlebten bei Kunden und Verkaufspersonal gleichermaßen Unverständnis für diese drastischen Preissenkungen, die genannten Verbote mit eingeschlossen.

Leere Regale in einer Konsumverkaufsstelle für Damenschuhe und ein mäßiges Angebot in einer HO-Verkaufsstelle für Kinderschuhe in Weißensee - auf der anderen Seite ein übervolles Auslieferungslager des Großhandelsbetriebes Schuhe und Lederwaren auf der Plauerer Straße in Marzahn, dessen Bestände auf 70 Mio M beziffert wurden, bereiten uns Sorgen.

(Zurufe: Sabotage!)

Die ältesten Bestände stammen aus dem Jahre 1981, wir haben sie uns angesehen.

(Unruhe im Saal)

Abgewertet wurde jedes Paar Damenschuhe mit 60 % und jedes Paar Herrenschuhe mit 65 %, unabhängig vom Zeitpunkt der Lieferung, also dem Höchstsatz.

Mit einem solchen Herangehen ist zu erwarten, daß weit mehr Mittel benötigt werden, als veranschlagt wurden.

Wir werden es nicht zulassen, daß man die Regierung für die finanziellen Folgen dieser fehlgesteuerten Preissenkungsmaßnahmen verantwortlich machen will.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und Liberalen -  
Dr. Modrow, PDS: Und wer trägt dann die Verantwortung?)

Ein Arbeitsbesuch im Großhandelsbetrieb Schuhe und Lederwaren Rosenstrasse in Berlin-Mitte brachte Licht in das Dunkel der leeren Regale der Konsumverkaufsstellen. Allein 11 Verkaufsstellen des Konsums haben seit dem 10. Mai keinen Einkauf getätigt. 40 % der Verkaufseinrichtungen haben nur 20 % ihrer bisherigen Mengen eingekauft. Die bestehenden Verträge waren im April vom Konsum aufgekündigt worden.

Auch seit der Preissenkung kommen nur vereinzelte Verkaufsstellen zum Einkauf, so daß der Absatz preisgesenkter Erzeugnisse der DDR-Produktion nicht gewährleistet wird. Auch von den Möglichkeiten des Einkaufs auf Lieferschein und einer Sofortauslieferung binnen 24 Stunden machen sie nur zögerlich Gebrauch.

Gespräche zwischen Verkaufsstellenleitern und Großhandel ergaben, daß der Konsum seine Verkaufs- und Lagerräume frei macht für Angebote aus der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin ab 2.7.1990.

(Zuruf von der PDS: Na also!)

Uns gegenüber wurde hingegen begründet: Ungenügende Einkaufsmengen, verspätete Auslieferung, Tourenaussfall und Nichtabnahme oder Rücklieferung bei Abweichung von der Sortimentsbreite.

Wir schlagen zur jetzt nur noch möglichen Schadensbegrenzung vor, ab sofort Lagerverkäufe zu organisieren und eine wirksame Bekanntmachung an die Bürger zu gewährleisten.

An dieser Stelle möchte ich auch noch unseren Standpunkt zu den Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes äußern. Wir sind der Überzeugung, daß die Einführung von Importsteuern der falsche Weg ist, denn der Kunde wird sich dann diese Waren in der Bundesrepublik und in Westberlin kaufen. Wir halten es für wirksamer, den Händlern als Stimuli für den Verkauf der DDR-Erzeugnisse Steuerpräferenzen einzuräumen, und sehen darin eine Stärkung des Mittelstandes im Handel.

(Starker Beifall bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Kassner.

## Frau Kassner für die Fraktion der PDS:

Es ist vielleicht doch ein wenig symptomatisch, daß die Frauen zum Handel sprechen; denn irgendwie sind wir ja doch diejenigen, die am meisten Sorge tragen, wie von meinen Vorrednerinnen schon dargelegt.

Die Lage auf dem Binnenmarkt ist gegenwärtig in höchstem Grade alarmierend. Die Versorgungsstörungen haben Ausmaße erreicht, wie es sie in diesem Lande in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben hat.

(Heiterkeit und Widerspruch)